

Transparenz und bürgernahe Preiskontrolle gegen hohe Wasserpreise Stellungnahme zu der internationalen Vergleichsstudie der NUS Consulting Agentur

Eine gestern vorgestellte Studie der internationalen Beratungsagentur NUS Consulting stellt in einem internationalen Vergleich fest, dass in Deutschland die höchsten Wasserpreise gezahlt werden, so die WELT in ihrer Ausgabe vom 18.08.08. In Deutschland wird die Wasserversorgung zum größten Teil von kommunalen Betrieben gewährleistet. Studien, in denen die hohen Wasserpreise angeprangert werden, verfolgen oft das Ziel, privaten Konzernen Tor und Tür zu der kommunalen Daseinsvorsorge zu öffnen. Unter dem Schlachtruf, diese können die Dienste billiger und effizienter erbringen, soll der Privatisierung der Weg geebnet werden. Wie das Beispiel der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe beweist, hat sich dieser Weg jedoch als fataler Irrweg erwiesen. Seit 1999 sind 49,9 Prozent der Anteile von den Berliner Wasserbetrieben an die multinationalen Konzerne RWE und Veolia verkauft worden. In geheimvertraglichen Dokumenten ist den Konzernen die kaufmännische und technische Leitung wie eine Renditegarantie zugesichert worden. Seitdem sind die Wasserpreise in der Hauptstadt auf Rekordhöhe gestiegen und belasten die Menschen immer stärker.

Auch für rein kommunal geführte Unternehmen in Deutschland ist die Versuchung groß, über hohe Wasserpreise andere Aufgaben zu finanzieren. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, sind die Tarifikalkulation der Wasserpreise wie die vertraglichen Rahmenbedingungen für die Unternehmensführung vorbehaltlos, bürgernah und verständlich offen zu legen. In Berlin hat sich die Offenlegung der Kalkulation der Berliner Wasserpreise als Täuschungsmanöver herausgestellt, denn: Die größten Kostenstellen in der Kalkulation sind die so genannten "kalkulatorischen Kosten" und die "kalkulatorischen Zinsen", die von den teilprivatisierten Berliner Wasserbetrieben nicht weiter aufgeschlüsselt werden. In diese schwarzen Löcher können alle möglichen Kosten und insbesondere die Gewinn Garantien für RWE und Veolia hineingerechnet werden, ohne dass diese Ausgaben für die Verbraucher und Kunden ersichtlich werden. Licht in das Dunkel dieser schwarzen Löcher zu bringen, erscheint wichtiger, als einen Wettbewerb zu fordern, den es im Bereich der Wasserversorgung nicht geben kann. Denn: Mieter einer Wohnanlage haben beispielsweise nicht die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Wasserversorgern zu wählen.

Fraglich bleibt, warum dieser Studie in der überregionalen Tagespresse eine so große Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Insbesondere da lediglich die Trinkwasserpreise dargestellt werden, jedoch Qualitätsmerkmale genauso unberücksichtigt blieben wie die Einbeziehung der Preise für die Abwasserentsorgung. In Anbetracht der Tatsache, dass die UN dieses Jahr zum "Jahr der sanitären Grundversorgung" ausgerufen hat und zur Zeit in Stockholm die Weltwasserwoche stattfindet, sollten Vergleichsstudien umfassender und von unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen durchgeführt werden. Dies würde den Aussagewert von Untersuchungen erhöhen und den Verdacht einer einseitigen interessens- und ordnungspolitischen Ausrichtung nicht entstehen lassen.

Rückfragen richten Sie bitte an:

Thomas Rudek - 030 / 261 33 89 - mobil: 0152 / 08704143 - ThRudek@gmx.de

Weitere Informationen unter www.berliner-wassertisch.net